

Ich habe bereits bei früherer Gelegenheit berichtet, wie Franziska Giffey, die ansonsten vor allem für ihre durchaus wirkungsvolle Selbstinszenierung, ihre rassistische Politik und ihre schamlosen Betrügereien und die dabei an den Tag gelegte Verachtung für die Wissenschaft bekannt ist, in Neukölln gegen die Aufklärung gekämpft und wie sich eine dortige Schulleitung bereitwillig zur Agentin der Verfinsterung gemacht und nach einem kritischen Brief meinerseits die Aufklärungs-AG, die ich dort unterrichtete, gestrichen und durch eine Verfinsterungs-AG ersetzt hat. Ich verweise den Leser hier an meinen offenen Brief aus der Bananenrepublik Neukölln.

Dass Giffey heute, als erste überführte Promotionshochstaplerin dreist genug, ihre politische Karriere nicht zu beenden und ohne dass dies das Publikum, ja selbst die politischen Gegner sonderlich kümmern würde – gewiss ein verhängnisvoller Präzedenzfall –, antritt, Bürgermeisterin Berlins zu werden, gibt Anlass, dem Publikum den damals von ihr ausgegangenen Werbebrief und meine Antwort vorzulegen, die Auslöser all dessen waren, was mein offener Brief aus der Bananenrepublik Neukölln in größerer Ausführlichkeit schildert. – Das Publikum mag auf Grundlage dieser Schreiben selbst sein Urteil fällen; ich habe nur Privates geschwärzt und den Namen der Schule, an der ich damals unterrichtete, geändert, außerdem sind sämtliche Fußnoten jüngeren Datums und Kommentar, der dem heutigen Leser das Verständnis erleichtern soll: Der eigentliche Text der Briefe ist sonst, höchstens von vereinzelt Korrekturen von Flüchtigkeitsfehlern abgesehen, belassen, wie er eben war, obwohl mein Brief in seiner Form gewiss höchst mangelhaft ist und ich heute vieles anders schreiben würde als damals, was gleichwohl nichts weniger sein soll als eine Distanzierung vom Inhalt meines damaligen Briefes.

2015 war Giffey, nachdem ihr Vorgänger Buschkowsky in den Ruhestand gegangen war, zur neuköllner Bürgermeisterin geworden. Am 18.9.2016 sollte nun in Berlin gewählt werden. Im Zuge des Wahlkampfes beschaffte sich die SPD¹ Neukölln die

¹ Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die Partei von Giffey und Buschkowsky, ist heute die älteste deutsche Partei: Sie ist nicht nur die einzige Partei im heutigen Bundestag, die nicht erst nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet wurde, sie entstand schon im 19. Jahrhundert im deutschen Kaiserreich. Gemeinhin wird sie als die große linke Volkspartei neben der Union als rechter Volkspartei angesehen. Das ist aber eine Oberflächlichkeit, die von politischer und historischer Unwissenheit zeugt. Die Volkspartei soll nämlich nicht bloß durch ihre Größe bestimmt sein, sondern dadurch, dass sie eben keine Klientelpartei ist, sondern potentiell alle Teile und Schichten des Volkes anspricht. Das trifft auf die Union zu, die nach dem Zweiten Weltkrieg entstand und im Gegensatz zur katholischen Zentrumspartei des Deutschen Reichs überkonfessionell sein wollte und speziell heute, da sie das C nur noch pro forma im Namen führt und kaum noch den Anspruch erhebt, eine christianische Partei zu sein, nicht nur Katholiken und Protestanten, sondern Menschen aller Bekenntnisse anspricht. Die SPD war ursprünglich eine Arbeiterpartei. Einige Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg fand mit dem Godesberger Programm tatsächlich eine Öffnung und zugleich ein Abwenden von allen revolutionären Bestrebungen statt, die SPD betont aber bis heute gerne bei jeder sich bietenden Gelegenheit, dass sie eine Arbeiter- und damit eben eine Klientelpartei ist. Dies bestimmt auch ihre Politik in wesentlichen Zügen, die aber von wenigen verstanden werden, auch weil das Vorurteil herrscht, die SPD wäre schlechtweg „links“ (was immer das auch heißen soll) oder eine Partei des „kleinen Mannes“, und man sich kaum klar macht, dass sie vielmehr stets eine Partei der *besseren* Arbeiter war: Diese schützt sie bis heute gegen Leiharbeiter, Arbeitslose, notfalls auch Ausländer. Auf der anderen Seite erweist sie sich immer wieder als sehr wirtschafts- und konzernfreundlich, was viele Menschen irritiert, in deren Bild einer „linken“ Politik dies nicht hineinpasst,

Adressen einer Reihe von Erstwählern, die nun folgenden Brief von Giffey erhielten. Beigelegt war ebenfalls ein Flyer der Jusos².


was aber einer einfachen Konsequenz folgt: Große Konzerne dürfen nicht angetastet, sondern müssen auf jede Weise unterstützt werden, denn sie garantieren Arbeitsplätze und diese dürfen, da Arbeit ja ein Wert an sich und die SPD eben die Vertreterin der Arbeiter ist, nicht verlorengehen. Wahr ist, dass nach Godesberg die SPD zeitweilig von breiteren Volksschichten und nicht nur von Arbeitern gewählt wurde. So brachte sie es für einige Zeit zu höheren Ergebnissen (wurde jedoch weiterhin in der Regel von der Union übertroffen und konnte nur durch einen Koalitionspartner eine Mehrheit erringen) und konnte sogar drei Kanzler stellen. Dies war aber mehr der besonderen historischen Situation geschuldet, als dass es die SPD zur Volkspartei machte oder gar ein dauerhafter Trend war – doch eben dies hat die SPD bis heute nicht verstanden. In einer Zeit, da es mit SPD, Union und der liberalen FDP, die aber stets nur wenige Prozentpunkte erreichte und damit Zünglein an der Waage sein, aber nicht selbst den Kanzler stellen konnte, nur drei Fraktionen im deutschen Bundestag gab, da die Union zwanzig Jahre lang regiert hatte und nun '68 die Studenten aufbegehrten, fand die SPD als Alternative zur Union einen gewissen Zuspruch, der sie an die Macht brachte. Viele der Studenten oder der linken Intellektuellen, die sie in diesen Tagen unterstützen mochten, blieben ihr aber doch stets fremd und schon 1980 wurde mit den Grünen eine Partei ins Leben gerufen, die dieses Milieu besser bediente. Anfang unseres Jahrhunderts stellte die SPD noch einmal für 7 Jahre den Kanzler, wobei sie wiederum von der Verdrossenheit über eine sechzehnjährige CDU-Kanzlerschaft profitierte. Mit den damaligen Hartz IV-Reformen und den damit einhergehenden Einschnitten in den Sozialstaat hat die Partei sich jedoch wenig beliebt gemacht. Seitdem ist sie dabei, sich selbst zu zerlegen, und spielt höchstens noch den Steigbügelhalter für Merkels Union. Dass die SPD im Grunde nie Volkspartei war, ist heute deutlicher denn je. Und mehr und mehr versinkt sie heute in der Bedeutungslosigkeit, kommt in Wahlen und Umfragen heute auf 20% oder weniger, was noch vor einigen Jahren undenkbar gewesen wäre, und ist alles in allem heute vielleicht die Partei, der am wenigsten eine Zukunft beschieden scheint, an welcher Tendenz nicht einmal dadurch viel sich ändern dürfte, wenn ihr noch einmal vorübergehende Wahlsiege gelängen.

² Die Jungsozialisten sind die Jugendorganisation der SPD. Warum es so etwas überhaupt gibt und warum junge Menschen auf den Gedanken verfallen, der SPD beizutreten, das kann ich hier aber auch nicht erklären – das weiß der Himmel allein.

Neukölln

SPD

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
Kreis Neukölln | Sonnenallee 124 | 12045 Berlin

Deutsche Post 
DIALOGPOST

Herrn
Jonathan Löwer
[Redacted]
Berlin

SPD-KREIS NEUKÖLLN

E-Mail: info@spd-neukoelln.de

Tel.: 030 - 687 21 59

Fax: 030 - 686 80 82

www.spd-neukoelln.de

Bank: Berliner Volksbank

IBAN: DE60 1009 0000 2474 9590 00

BIC: BEVODEBB

September 2016

Lieber Jonathan Löwer,

am 18. September wird wieder gewählt in Berlin – und zwar gleich doppelt. Zum einen im Land für das Abgeordnetenhaus und zum anderen in den Bezirken für die Bezirksverordnetenversammlungen.

Du hast drei Stimmen. Mit Deiner Erststimme entscheidest Du, welcher Kandidat aus Deinem Wahlkreis ins Abgeordnetenhaus geschickt wird. Deine Zweitstimme geht an eine der politischen Parteien und entscheidet über die künftige Regierung Berlins. Michael Müller, Bürgermeister seit 2014, hat in den letzten zwei Jahren viel für unsere Stadt geleistet und tritt zur Wiederwahl an. Wähle die SPD, um ihn zu unterstützen.

Deine dritte Stimme entscheidet über die Zusammensetzung des Bezirksparlaments hier in Neukölln. Dessen Entscheidungen beeinflussen das Leben von jungen Menschen wie Dir besonders stark. Deswegen dürfen auch schon 16-jährige an den Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen teilnehmen.³

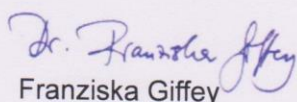
Erhält Deine Schule mehr Geld für moderne Ausstattung? Oder wird in Deinem Kiez ein neuer Fußballplatz gebaut? Wie kann Dein Lieblingspark sauber gehalten und verschönert werden? Mit all diesen Fragen beschäftigen sich KommunalpolitikerInnen. Das sind Leute, die sich engagieren, um Neukölln sozial gerecht und lebenswert zu gestalten.

Du solltest an den Berliner Wahlen teilnehmen. Wer seine Stimme nicht nutzt, kann nicht beeinflussen, wer in Neukölln in den nächsten Jahren die Politik macht.

Ich bin seit gut einem Jahr die Neuköllner Bezirksbürgermeisterin. In unserem Bezirk setze ich mich für gute Kitas und Schulen, mehr bezahlbare Wohnungen, gute Chancen für Jugendliche auf dem Arbeitsmarkt und eine saubere und sichere Stadt ein. Ich will, dass unsere jungen Leute in Ausbildung und Arbeit kommen und von ihrem Einkommen gut leben können. Menschen aus über 150 Nationen leben in Neukölln zusammen. Im letzten Jahr sind viele Flüchtlinge dazu gekommen. Dafür zu sorgen, dass Integration und Teilhabe gelingen können, ist eine unserer wichtigsten Aufgaben.

Beteilige Dich und gehe am 18. September wählen. Falls Du an dem Tag keine Zeit hast, kannst Du bereits jetzt per Briefwahl mitentscheiden.

Liebe Grüße
Deine Bezirksbürgermeisterin


Franziska Giffey

³ Ich dachte, sie dürfen dies, weil man Kommunalwahlen für derart unwichtig hält, dass auch lebensunerfahrene Rotzlöffel hier nicht viel Schaden anrichten können. Wäre das Kriterium der Einfluss der Entscheidungen eines Parlaments auf das Leben junger Menschen, müssten diese auch an Bundestags- oder Europawahlen teilnehmen dürfen, denn die klimafeindlichen Entscheidungen dieser Parlamente beeinflussen das Leben junger Menschen derart stark, dass sie ein solches Leben in Zukunft unmöglich machen.

#karlasagt
**Glückwunsch
 zu Deiner
 ersten Wahl!**



Jusos
 Neukölln

Kampf gegen Rechts!

Wir wollen gemeinsam verhindern, dass rechte Parteien in unseren Parlamenten vertreten sind! Wir kämpfen dafür, dass diese Gruppen nicht mit menschenverachtenden, rassistischen Parolen mit Minderheiten in unserer Gesellschaft hetzen können - ob in den Parlamenten oder auf der Straße. Wir kämpfen aktiv gegen jegliche Formen von Diskriminierung, Rassismus, Homo- und Trans*phobie sowie Sexismus!

Bezahlbare Mieten!

Wir wollen, dass ausreichend Wohnraum geschaffen wird und Berlin ein Ort für alle bleibt. Mehr landeseigene Neubauwohnungen, Wohnraum für Studierende und stadtwoite Wohnungen für Geflüchtete gehören dazu. Außerdem fordern wir eine Stadtpolitik für Mieter*innen, nicht für Investoren und wollen den Schutz von Kiezen sowie den Stopp der Verdrängung von Einwohner*innen. Denn unsere Kieze sind für alle da!

Refugees welcome!

Wir wollen eine humane und menschenwürdige Asylpolitik und lehnen jegliche „Asylkompromisse“ auf dem Rücken der Geflüchteten ab. Asylrecht ist Grundrecht und damit für uns unverhandelbar! Wir wollen dezentrale Unterkünfte und ein dauerhaftes Bleiberecht für alle Geflüchteten. Wir wollen einen hüdenlosen, bürokratiearmen Zugang zu Kinderbetreuung, Bildung und zum Arbeitsmarkt. Integration braucht Teilhabe und Anerkennung!

Gute Bildung für alle!

Wir wollen, dass Bildung von der Krippe bis einschließlich zur Uni für alle kostenfrei ist. Wir wollen gute, gerechte Bildung für alle Kinder unabhängig von ihren Eltern. Daher fordern wir den konsequenten Ausbau der Gemeinschaftsschule. Wir wollen ein Schulsystem, das gerechte Chancen für alle bietet. Außerdem brauchen wir moderne Schulgebäude und auf die digitale Welt ausgerichtete Infrastruktur in allen Schulen!

Lieb doch, wen Du willst!

Wir wollen Diskriminierungen aller Art abschaffen und feindliche Übergriffe bekämpfen. So zu tun, als gäbe es Liebe erster und zweiter Klasse, gehört aber für uns auch zur Diskriminierung dazu. Deshalb fordern wir, die Ehe für alle zu öffnen. Dazu müssen wir endlich politische Mehrheiten nutzen. Außerdem wollen wir das volle und uneingeschränkte Adoptionsrecht auch auf gleichgeschlechtliche Paare ausweiten.

Wir sind die Jugendorganisation der SPD. Wir machen linke Politik, in Neukölln und ganz Berlin. Ein paar unserer Themen findest du schon hier.

Dich interessiert aber, was wir sonst so machen? Viel mehr findest Du online oder Du kommst einfach mal vorbei. Wir treffen uns immer zu diesen Zeiten:

Jeden 1.+3. Mittwoch im Monat, 19.00, in der Sonnenallee 124. **Sitzungen zu unterschiedlichen Themen** (immer und dort wo)

Jeden 4. Mittwoch im Monat, 20.00, in der Bar "Broschek". **#kiezegewitscher** (immer dort bei Facebook)

Freies Netz für die Stadt!

Digitalisierung verändert das Zusammenspiel von Menschen in der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Ein kostenfreier Zugang zum Internet und damit zur Infrastruktur ist entscheidend. Wir wollen deshalb den Ausbau von WLAN-Spots flächendeckend in der gesamten Stadt. Das muss so schnell wie möglich umgesetzt werden, damit alle Berliner*innen an den positiven Effekten der Digitalisierung teilhaben können!

#karlasagt

Am 18. September SPD wählen - mit allen 3 Stimmen!

www.jusosneukoelln.de

JusosNeukoölln bei



jusosneukoelln@gmail.com
 0157 39579038

Jusos
 Neukölln



© U.S.G.P. - Berlin 1999-2002. Jusos Neukölln, Sonnenallee 124 12089 Berlin

Das Schicksal wollte, dass auch ich und ein Schüler aus meiner Philosophiegruppe diesen Erstwählerbrief erhielten. Er ist im Grunde recht belanglos, gemeine Wahlkampfloskeln eben. Die meisten, die solche Wahlwerbung in ihrem Briefkasten fanden, werden sie wohl einfach weggeworfen haben. Ich aber schrieb eine Antwort (was ich auch bis heute nicht bereue) und schickte am 12.9.2016 eine Email mit folgendem Inhalt an die SPD Neukölln.

Sehr geehrte Frau Giffey,

ich könnte dieses Schreiben auch mit „Liebe Franziska“ beginnen, doch im Gegensatz zu Ihnen bin ich mit den Regeln des höflichen Umgangs vertraut. Am vergangenen Donnerstag, dem 8.9.16, erhielt ich einen Brief von der SPD Neukölln, den ich als bodenlose Unverschämtheit empfand.

1. steht auf meinem Briefkasten, dass Werbung jeglicher Art unerwünscht ist. Nun werden Sie mir gewiss zustimmen müssen, dass Propagandamaterial politischer Parteien, das zum Wählen derselben aufrufen, mithin für diese werben soll, Werbung ist. Die Tatsache, dass mein ausdrücklicher Wunsch, von Werbung verschont zu bleiben, derart ignoriert wird, zeigt mir, dass die SPD keinen Respekt vor mir und meinen Wünschen hat, was jegliche Partei unwählbar machen würde, im Falle einer sich selbst für sozial erklärenden Partei aber besonders schwer wiegt.⁴

2. Wenn Sie derart im Geld schwimmen, dass Sie es sich leisten können, zahllose Briefe zu drucken und zu verschicken, die zu großen Teilen im Müll landen werden, so ist dies Ihre Sache; wir leben in einem freien Land. Angesichts von Klimawandel und zunehmender Ressourcenknappheit aber halte ich so eine Handlungsweise für unverantwortlich. Und Sie werden gewiss verstehen, dass nur eine Partei wählbar sein kann, die verantwortlich handelt. Unter verantwortlichem Handeln verstehe ich hier, dass nicht nur auf eine bevorstehende Wahl und den eigenen Erfolg bei dieser, sondern auf die Zukunft geschaut wird. Ich wähle nur eine Partei, die nicht bloß in Vier- oder Fünfjahresschritten, sondern die auch daran denkt, was in dreißig oder fünfzig Jahren sein wird. Ihr Brief richtet sich an mich als jungen Wähler (mehr hierzu unter 3.) – nun, gerade dann sollten sie bedenken, dass ICH auch in einigen Jahrzehnten noch auf dieser Erde leben können möchte (bei vielen SPD-Funktionären mag das anders sein), weshalb ich gewiss niemandem meine Stimme geben werde, der derart gedankenlos mit meiner Zukunft umspringt.

⁴ Andere Parteien lassen im Wahlkampf ihre Leute umher gehen und Flyer in Briefkästen werfen, die SPD versandte an den jeweiligen Empfänger adressierte Briefe über die Post. Es könnte daher jemand einwenden, die SPD könne nichts dafür, dass mein „Bitte keine Werbung“-Aufkleber ignoriert wurde, eingeworfen habe das Schreiben ja ein Briefträger. Aber darauf wäre zu entgegnen: Die SPD weiß, dass viele Menschen keine Werbung wünschen und entsprechende Aufkleber auf ihren Briefkästen angebracht haben, sie hätte, wenn sie diese und ihre Wünsche achtete, auf diese Briefaktion einfach verzichtet und sich damit beschieden, in der Öffentlichkeit durch Plakate und Ähnliches für sich zu werben. Man muss sich dort doch für so wichtig halten bzw. die Wünsche der Menschen müssen einem derart gleichgültig sein, dass man aktiv ignoriert, dass viele mit Werbung in Frieden gelassen werden wollen.

3. Ich bin ein junger Wähler, das ist korrekt (auch wenn ich nicht weiß, wie die Jusos dazu kommen, mir im beigelegten Flyer zu meiner ersten Wahl zu gratulieren – dies ist weder meine erste, noch ist es meine erste Kommunalwahl). Aber ich bin immerhin 22 Jahre alt und damit nach geltendem Recht erwachsen, und ich zöge es vor, auch so behandelt zu werden. Jeder meiner Lehrer besaß den Anstand, mich und meine Mitschüler ab der 11. Klasse zu siezen, sofern wir ihnen nicht erlaubten, uns zu duzen. Wir, Frau Giffey, sind uns bisher zweimal persönlich begegnet, und ich kann mich nicht erinnern, Ihnen bei einem dieser beiden Male das Du angeboten zu haben.⁵ Überhaupt liest sich Ihr ganzer Brief, auch abseits der unangemessenen Anrede, als richte er sich an ein kleines Kind. Ich bin Student der Germanistik und auch mein Deutschunterricht an der Schule war so schlecht nicht: Ich bin also durchaus in der Lage, einen Werbetext, eine politische Rede oder dergleichen kritisch zu analysieren. Ich werde auf eine ausführliche Analyse Ihres Briefes hier verzichten, doch lassen Sie sich gesagt sein, dass das, was Sie für einen freundlichen, jovialen Ton halten mögen, sich für mich nicht bloß wie eine schmierige Anbiederung, sondern höchst herablassend und paternalistisch liest. Falls Sie glauben, die Stimmen junger Wähler dadurch zu gewinnen, dass Sie zu ihnen wie zu Zwölfjährigen statt wie zu Erwachsenen reden, so täuschen Sie sich. Ich würde es vorziehen, wenn Sie mir nicht einen Text zumuteten, der sich wahlweise liest, als sei er möglichst behindertengerecht gehalten oder als handle es sich um ein schlechtes Skript für die Sendung mit der Maus⁶, noch mir unterstellten, mein politisches Interesse reiche nicht über die Frage hinaus, ob in meinem „Kiez ein neuer Fußballplatz gebaut“ wird. Indes, mir ist bewusst, dass derartige Arroganz gegenüber denen, die sie als Wähler zu gewinnen versucht und die zu vertreten sie den Anspruch hat, eine alte, von Ferdinand Lassalle⁷ bis hin zu Sigmar Gabriel⁸

⁵ Für den Leser möchte ich klarstellen, dass ich eigentlich der Letzte bin, der auf Floskeln und Höflichkeitsformeln Wert legt, wie weiter unten auch noch deutlich werden wird. Ich habe nichts dagegen, geduzt zu werden. Hier aber ging es ums Prinzip, was zwar viele Leute kleinlich finden werden – was aber auch nur verstehen kann, wer eben Prinzipien hat: Das Duzen ist hier Ausdruck von mangelndem Respekt, ist Ausdruck davon, dass ein potentieller Wähler nicht ernst genommen, sondern als Kind behandelt wird. Und dies ist es, wogegen ich hier protestierte. Jemand, dem ich diese ganze Geschichte erzählte, hat einmal eingewandt, es wäre alte SPD-Tradition, einander zu duzen; richtig, unter SPDlern – dieser Brief aber richtete sich nicht an die eigenen Leute, sondern an Fremde. Auch diese mag man meinerwegen duzen, dann aber soll man alle Menschen gleich behandeln, weil man auch alle gleichermaßen achtet; dass das aber nicht geschieht, kann sich jeder vergegenwärtigen, wenn er sich einmal die Frage stellt, welche Anrede man wohl verwendet hätte, wenn man nicht in einem Erstwählerbrief besonders junge, sondern, sagen wir einmal, in einem Letztwählerbrief besonders alte Menschen angesprochen hätte.

⁶ Eine seit mehreren Jahrzehnten in Deutschland laufende Sendung mit „Lach- und Sachgeschichten“ für Kinder, die die verschiedensten Dinge einfach und anschaulich erklärt. In diesem Zusammenhang genannt zu werden, hat sie im Grunde nicht verdient, und ich will hier gerne bekennen, ein großer Freund dieser Sendung zu sein.

⁷ Lassalle war Gründer und erster Präsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, der ersten sozialdemokratischen Parteiorganisation, der sich später mit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei zur Sozialistischen Arbeiterpartei zusammenschloss, welche sich schließlich wiederum in SPD umbenannte. Die Interessen der Arbeiter vertrat der ADVA aber höchstens nach außen hin. Innerhalb der Partei sollte herrschen, was Lassalle die „Diktatur der Einsicht“ nannte, also er selbst, der gewiss besser als die Arbeiter wusste, was gut für sie war.

⁸ Die SPD hat in letzter Zeit Parteivorsitzende gewechselt wie manche Menschen ihre Unterhose, deshalb muss ich vielleicht nicht nur für zukünftige, sondern schon für heutige Leser anmerken,

reichende Tradition Ihrer Partei ist: Die SPD profilierte sich schon immer als Partei des kleinen Mannes, verstand dessen Kleinheit aber gerade als Unfähigkeit, selbst zu wissen, was gut für ihn ist: Dafür ist die SPD ja da, die er brav zu wählen, der er dann aber auch gefälligst nicht ins Regieren reinzureden hat, von dem er ja nichts versteht. Diese Haltung Ihrer Partei spiegelt sich ja auch darin wieder, dass Sie in den letzten Jahren möglichst wenig Demokratie gewagt⁹ und Vorstöße zu mehr Demokratie wie etwa Volksentscheide, eine Herabsetzung des Wahlalters¹⁰ oder ein Grundeinkommen blockiert haben;¹¹ und sie wurde auf den Punkt

dass Gabriel zum damaligen Zeitpunkt der Vorsitzende der SPD war. Dieser zeichnete sich durch eine unsägliche Arroganz aus, tat etwa die Gegner eines heftig umstrittenen Freihandelsabkommens mit den USA als „hysterisch“ ab oder antwortete in Interviews auf kritische Fragen mit Unverschämtheiten und Pöbeleien. Dass ein Mensch wie Gabriel es in unserem Land und in der SPD zu politischen Ämtern und Würden bringen kann, ist ein Symptom eines tieferen Problems, das an anderer Stelle zu erörtern ist. Dass ihn sich später manche gar als SPD-Chef zurückwünschten, mag man wahlweise damit erklären, was uns mit seinen Nachfolgern erst widerfuhr, oder damit, dass der Wähler, typisch für die Unaufgeklärtheit, ein sehr schlechtes Gedächtnis hat und zur Verklärung der Vergangenheit neigt. Kehrete Gabriel indes tatsächlich zurück, wären seine Beliebtheitswerte nach wenigen Wochen abermals, wo sie während seines Parteivorsitzes waren.

⁹ Eine Anspielung auf Willy Brandt, den ersten SPD-Kanzler, der seinerzeit noch mit den berühmten Worten „Wir wollen mehr Demokratie wagen“ angetreten war.

¹⁰ Im seit Jahren von der SPD regierten Berlin darf nach wie vor nur wählen, wer wenigstens 18 Jahre alt ist. Das ist in der Mehrzahl der Bundesländer so, in Brandenburg, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein aber dürfen bereits Sechzehnjährige wählen. Und da diese Länder noch nicht zusammengebrochen sind, gibt es keinerlei Argumente, weshalb Berlin und die übrigen Bundesländer das Wahlalter nicht ebenfalls auf 16 herabsetzen sollten.

Regierungen sollten sich viel stärker in der Welt umsehen und eher aufgreifen, was anderswo bereits funktioniert, ob nun in anderen Bundesländern oder in anderen Nationen. Weshalb z. B. gibt es in Deutschland heute überhaupt eine Debatte über Tempolimit? Die Gegner eines solchen müsste man gar nicht anhören, denn es existiert bereits in jedem zivilisierten Staat der Erde. Genauso sehe ich keinen Grund, heute noch mit Gegnern einer Legalisierung von Cannabis zu diskutieren: Es kann bereits in den Niederlanden, Uruguay und mehreren US-Bundesstaaten verkauft werden; alle Argumente der Gegner einer Legalisierung müssen doch verpuffen angesichts des Faktums, dass eine solche anderswo offenbar noch nicht zum Weltuntergang geführt hat. Oder warum wird in Deutschland über Rente und Altersarmut diskutiert, als wären wir der einzige Staat auf Erden, statt dass man z. B. stärker auf Nachbarn wie die Niederlande blickt und schaut, wie dort mit solch einer Problematik umgegangen wird? Es versteht sich, dass dieses Prinzip nicht nur für Deutschland gilt: Wären die USA beispielsweise nicht so selbstzentriert, sondern würden einmal ihren Blick nach Europa wenden, müsste ihnen auffallen, dass ein Verbot des Besitzes von Feuerwaffen oder eine soziale Absicherung nicht das Ende der Demokratie oder die Einführung des Sozialismus bedeuten. Es ist schlichtweg eine lächerliche Vorstellung, dass in jedem Staat auf der Erde dieselben gesellschaftlichen Debatten geführt werden sollten, als gäbe es keine anderen Nationen, von deren Erfahrungen mit diesem oder jenem Thema man lernen könnte. Wäre die Meinungsfreiheit bei uns mehr als das Recht zur Dummheit, so würden vielleicht diejenigen, die etwas ablehnen, was anderswo bereits zur allgemeinen Zufriedenheit umgesetzt ist, nicht bloß stumpf jene Argumente wiederholen, die vielleicht auch an diesem anderen Orte im Vorfeld geäußert wurden und durch die Ausführung widerlegt sind, sondern sich darauf beschränken, zu erklären, warum, was unter anderen Bedingungen erfolgreich war, es unter hiesigen nicht sein sollte.

Um wieder auf das Wahlalter zu sprechen zu kommen, so gibt es also keinen Grund, weshalb es nicht in jedem Bundesland wenigstens auf 16 Jahre gesenkt werden sollte, und ich nehme niemanden ernst, der diesen Vorschlag ablehnt. Was hingegen sehr wohl noch diskutiert werden könnte, wäre, ob das Wahlalter auch auf Bundesebene herabgesenkt oder ob es noch niedriger sein sollte als 16 Jahre. In dieser Diskussion kann es aber auch nur eine richtige Position geben, gerade im Angesicht der jüngsten Schülerproteste: Jegliche Begrenzung des Wahlalters ist abzuschaffen, wer will und dazu in der Lage ist, muss das Recht haben, die Gesellschaft, in der er lebt und von deren

gebracht von Ihrem Vorgänger, Herrn Buschkowsky, der mir und meiner Klasse gegenüber vor einigen Jahren äußerte: „Politik könnte so schön sein, wenn nur der Bürger nicht wäre.“¹² Nun, der Bürger ist aber leider, und gewiss werden Sie verstehen, dass eine Partei, die mich nicht als mündigen Bürger ernstnimmt und die ein solches im 19. Jahrhundert steckengebliebenes Demokratieverständnis oder vielmehr Demokratieunverständnis an den Tag legt, für mich unwählbar ist.

4. Ihr Brief behauptet, Michael Müller habe in den vergangenen zwei Jahren viel für Berlin geleistet, versäumt es aber, zu konkretisieren, was. Mir ist er in den vergangenen zwei Jahren vor allem durch seine Farblosigkeit und Austauschbarkeit aufgefallen (oder vielmehr: nicht aufgefallen), die man allenfalls im direkten Kontrast mit dem unwürdigen Gebaren seines Amtsvorgängers für Tugenden halten mag.¹³ Wohl aber habe ich zur Kenntnis genommen, dass Herr Müller das rechtswidrige Verhalten seines Innensensors in der Rigaer Straße mitgetragen hat,¹⁴ statt, wie von jemandem, der für demokratische, soziale und linke Politik ste-

Aufbau und Schicksalen er wesentlich beeinflusst wird, mitzugestalten. Das mag Vielen ein abwegiger Gedanke sein (die damit doch nur offenbaren, wie demokratisch sie wirklich gesinnt sind) und ich ahne, dass viele meiner Leser bereits bei sich denken: Aber Kindern fehlt doch die nötige Reife, um eine vernünftige Wahlentscheidung zu treffen! Nun, das mag stimmen oder nicht, auf diese Diskussion lasse ich mich gar nicht ein, denn sie ist verlogen: Diese Reife fehlt auch sehr vielen Menschen, die 18 oder älter sind und die wir dennoch wählen lassen.

¹¹ Wie zu Eingang angedeutet, dieser Brief gehört nicht zu meinen besten Arbeiten und war nie für die Öffentlichkeit bestimmt. Ich zählte hier das Erstbeste auf, was mir in den Sinn kam. Andernfalls hätte ich wohl eher über Bürgerhaushalte geredet, denn anders als ein bedingungsloses Grundeinkommen oder eine Herabsenkung des Wahlalters hätte Giffey einen solchen auch als bloße Bezirksbürgermeisterin einführen können, wenn sie nur gewollt hätte. Es geht bei diesem Konzept um die Beteiligung der Bürger bei der Verteilung von Geldern. Was im brasilianischen Porto Alegre einst eingeführt wurde, wurde mittlerweile von vielen anderen Städten, insbesondere in Südamerika, aufgegriffen. In Porto Alegre selbst konnten durch dieses Instrument innerhalb kurzer Zeit eine funktionierende Wasserversorgung, bessere Unterrichtung und die Integration sozial abgehängter Menschen erreicht werden. Auch steigt durch einen Bürgerhaushalt nachweislich die Akzeptanz auch für missliebige, aber doch notwendige Projekte. Dass nach Stuttgart 21 und ähnlichen Desastern Bürgerhaushalte nicht flächendeckend in Deutschland eingeführt wurden, ja dass dieses Konzept hier kaum jemandem bekannt ist, ist ein Unding. Und die vielen Bedenken und Abers, die man bei diesem Thema von der Politik und auch vielen Menschen erwarten darf, wären alle gerade so abzuschmettern, wie in der letzten Fußnote angemerkt: Bürgerhaushalte funktionieren anderswo schon seit Langem. Wer sie hier einführen will, braucht das nicht mehr durch Argumente zu rechtfertigen. Vielmehr muss derjenige sehr gute Argumente vorzuweisen haben, der sie trotz allem *nicht* will.

¹² Buschkowsky wiederholte diesen Satz sogar mehrmals und schien dabei nichts zu finden. Ich glaube tatsächlich und hatte schon damals keinen Zweifel, dass er damit nicht nur einen Witz machte, sondern ganz ehrlich seine wahre – und eben SPD-typische – Meinung äußerte.

¹³ Ich merke an, dass dies geschrieben wurde, bevor sich Müller durch den Vorschlag eines „solidarischen Bürgergeldes“ hervorgetan hat, das absichtlich nach bedingungslosem Grundeinkommen oder eben Bürgergeld klingen soll, aber dessen Grundgedanken gänzlich zuwiderläuft und vielmehr eine Schäbigkeit und Täuschung ist, wie sie von der SPD eben zu erwarten war.

¹⁴ In dieser Straße hatte in einem ansonsten vermieteten Haus ein linker Verein einige Räumlichkeiten besetzt, die ihm seit etwa zwanzig Jahren gehörten. Das Haus wurde von einem Investor aufgekauft, der sich um dieses nicht kümmerte und die Mieter völlig alleinließ: Es gab keine ansprechbare Hausverwaltung, die grundgesetzliche Verpflichtung, die Eigentum angeblich mit sich bringt, wurde also missachtet. Die SPD koalierte bis zur letzten Wahl in Berlin mit der CDU. Deren berliner Vorsitzender Frank Henkel war Innensensor und hielt es wohl für nötig, wie das bei CDU-Politikern,

hen will, zu erwarten, der CDU die Koalition aufzukündigen, was freilich eines verlangt hätte, was die SPD leider das letzte Mal 1933 bewiesen hat: Rückgrat.¹⁵ Ich erwarte von einer Regierung, dass sie sich um den Frieden bemüht. Dass der SPD dies schwerfällt, hat sie freilich schon 1914 bewiesen.¹⁶ Ich erwarte ebenso, dass sie als Dienstherr ihre Untergebenen nicht unnötigen Gefahren aussetzt, was die SPD jedoch nicht nur hier versäumt hat, wo fahrlässig und unnötig die Verletzung vieler Polizisten in Kauf genommen wurde, sondern was ebenso etwa in den Berliner Schießständen versäumt wird, wo sich weiterhin regelmäßig Polizisten bei ihren Übungen vergiften.¹⁷

5. Dass Sie in Ihrem Brief auf die Menschen aus über 150 Nationen und die vielen Flüchtlinge, die in Neukölln leben, verweisen und dabei Worte wie Integration und Teilhabe verwenden, empfinde ich als zutiefst zynisch, kommt es doch aus dem Munde einer Bürgermeisterin, die es für angebracht hielt, als eine ihrer ersten Amtshandlungen eine Muslimin wegen ihres Kopftuchs zu diskriminieren und dann auch noch die Dreistigkeit besaß, dieser vorzuwerfen, sie bringe das Bezirksamt „öffentlich in Verruf“, was sie doch ganz allein selbst geschafft

gerade in Berlin, mitunter vorkommt, etwas für sein *Law-and-Order*-Image zu tun. Das Ergebnis war, dass 2016 über Wochen Hunderte von Polizisten in der Rigaer Straße postiert wurden, Hub-schrauber über den Dächern kreisten, die Anwohner sich Ausweiskontrollen, Schikanen und Willkür gefallen lassen mussten und teils keinen Besuch empfangen konnten. Schließlich erfolgte die polizeiliche Räumung. Diese wurde später vor Gericht für widerrechtlich erklärt. Man mag für all dies und auch für die Steuergelder, die dies kostete, vor allem die CDU und den Innensenator verantwortlich machen, die SPD und Bürgermeister Müller haben all dieses aber mitgetragen.

¹⁵ Als einzige Partei stimmte sie damals gegen das Ermächtigungsgesetz der Nazis, das die Demokratie aufhob. Die SPD feiert sich noch heute für diesen Moment ihrer Geschichte, ebenso wie für Willy Brandts Vorstoß, mehr Demokratie zu wagen. Es wäre spannend, sie einmal mehr als dieses Beides anführen zu hören, um sich selbst zu beweihäuchern.

¹⁶ Damals bewilligte sie die Kriegskredite, die den Ersten Weltkrieg erst möglich machten, obwohl sie sich immer internationalistisch gegeben hatte. Das hebt denn auch das spätere Stimmen gegen das Ermächtigungsgesetz auf. Merkwürdigerweise erwähnt die SPD aber lieber letzteres und schweigt sich über ersteres aus.

¹⁷ 2015 wurde öffentlich, worauf es schon in den 90er Jahren Hinweise gab: In den maroden Schießständen der Berliner Polizei atmeten deren Angehörige und insbesondere auch ihre Ausbilder bei Schießübungen immer wieder giftige Dämpfe ein. Vielleicht 13 Polizisten sind in der Folge zu Tode gekommen, weitere trugen bleibende Schäden davon. Bis heute ist diese Affäre nicht aufgearbeitet und hat eine Vielzahl der Betroffenen keine Entschädigung erhalten.

Dies ist nicht das einzige Thema, das ich hätte anführen können. Politik ist viel zu sehr ideologisiert, es herrscht in der Bevölkerung, in den Medien und bei den Politikern selber kaum das Bewusstsein vor, dass die Aufgabe der letzteren wesentlich das Regieren ist. Ständig wird über einige wenige ideologisch hoch aufgeladene Themen diskutiert wie vor einigen Jahren die Euro-Krise, dann die Flüchtlinge. Aber diese machen nur den kleinsten Teil der politischen Arbeit aus. Die meisten Themen sind ganz simpel, sie haben nichts mit links oder rechts oder derartigem Unsinn zu tun, sondern es gibt ganz einfach einen Missstand und die Politik hat die Aufgabe, ihn zu lösen. So hier bei den Schießständen der Berliner Polizei. So auch etwa bei der Berliner Feuerwehr, deren Ausrüstung derart heruntergekommen ist, dass z. B. ein Fünftel der Löschfahrzeuge nicht mehr einsatzfähig ist. Es kann hier doch keine zwei Meinungen geben. Ob links, ob rechts, ob liberal, konservativ oder was auch immer, wer könnte eine marode Feuerwehr wollen? Die Politik hätte hier also nichts zu tun, als zu handeln und ihre Arbeit zu machen. Das tut sie aber nicht, sondern profiliert sich lieber bei einigen wenigen medienwirksamen Themen. Freilich ist hier auch der Bürger schuld, der es ja ist, der gerade diesen Themen seine Aufmerksamkeit schenkt und nicht darauf pocht, dass die Politiker tun, wofür sie da sind: regieren.

hatte.¹⁸ Sie mögen konsequent die Linie ihres Vorgängers fortführen, der ja ebenfalls keinerlei Verständnis für muslimische Mitarbeiter zeigte und dessentwegen man beim Verwaltungsgericht bei der Erwähnung Neuköllns nur mit den Augen rollt, doch erweisen Sie sich durch derlei Verhalten als für ein politisches Amt, noch dazu in einem bunten Bezirk wie Neukölln mit einem hohen Muslimenanteil, für gänzlich ungeeignet. Jemand, der ernsthaft die Ansicht vertritt, es könne „nicht sein“¹⁹, dass durch die Belegung von Turnhallen durch Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und Armut fliehen, Schul- und Vereinssport eingeschränkt werde, der würde sicherlich einen guten Kreisvorsitzenden der AfD abgeben, taugt aber ganz gewiss nicht zum Amt des Neuköllner Bürgermeisters. Als jemand, der zehn Monate lang dreimal wöchentlich Flüchtlingen in der Jahnsporthalle Deutschunterricht gegeben hat und dies auch noch länger getan hätte, wäre sie nicht zu passender Zeit als Wahlgeschenk an besorgte Bürger und Mütter, deren Kinder eventuell ein paar Stunden im Basketballverein verpasst haben, geschlossen worden,²⁰ wähle ich keine Partei, die die Frechheit besitzt, sich als sozial zu verkaufen, und dann derart mit den Schwächsten der Gesellschaft umspringt.

¹⁸ Eine junge Frau hatte sich um einen Referendariatsplatz im neuköllner Bezirksamt beworben. Giffey hatte sie wegen ihres Kopftuchs abgelehnt. Dabei berief sie sich auf das sogenannte Neutralitätsgesetz Berlins, das das Tragen von religiösen Symbolen bei der Ausübung hoheitlicher Aufgaben verbietet. Das Kopftuch ist zwar kein religiöses Symbol, aber solch ein Differenzierungsvermögen und so klare Begriffe darf man einer Frau, die sich anmaßt, öffentlich als Gelehrte, d. i. Doktorin aufzutreten, vielleicht nicht abfordern. Aber selbst wenn das Kopftuch ein religiöses Symbol wäre: Das sogenannte Neutralitätsgesetz ist laut Bundesverfassungsgericht und übrigens auch laut Wissenschaftlichem Parlamentsdienst des Berliner Abgeordnetenhauses verfassungswidrig. Dass es dennoch bis heute nicht aufgehoben wurde (weshalb Gerichte das Land Berlin eben vorerst immer wieder zu Entschädigungszahlungen verdonnern, wenn mal wieder eine Frau geklagt hat, weil ihr Grundrecht auf freie Religionsausübung beschnitten wurde), ist ein Skandal, über den niemand spricht, und wäre ein Grund, sämtliche verantwortliche Politiker Berlins ihres Amtes zu entheben. Selbst dann aber, wenn dieses Gesetz nicht verfassungswidrig wäre, ist es doch nicht Aufgabe von Politikern, Gesetze hinzunehmen und umzusetzen, als wären sie eine Notwendigkeit (dies tut die Verwaltung), sondern sie anzupassen und zu ändern, wo nötig. Und gerade die Bürgermeisterin eines Bezirks wie Neukölln, in dem so viele Mohammedaner leben, die in diesem Lande nur angefeindet und schikaniert werden, hätte die Aufgabe, diese und ihre Rechte zu verteidigen, statt derart gegen ihre eigenen Bürger zu kämpfen. Ich betone auch hier noch einmal, was ich in diesem Brief schrieb: Politiker haben eine Friedenspflicht. Kommen sie dieser nicht nach, verlieren sie jegliche Legitimität, ganz gleich wie viele Stimmen sie bei irgendeiner Wahl erhalten haben mögen. Giffey begann einen Krieg, kaum dass sie im Amt war. Und sie hatte die Stirn, „Glaubwürdigkeit und Integrität“ der jungen Frau anzuzweifeln, die sie da bekämpfte. Nun, es ist bekannt, wie es um Giffeys Glaubwürdigkeit und Integrität bestellt ist.

¹⁹ So Giffey in einem Fernsehinterview.

²⁰ Man hat es in Deutschland, obwohl man lange wusste, dass vermehrt Flüchtlinge hierher kommen würden, lange versäumt, ausreichende Unterkünfte zu bauen. Das Ergebnis war, dass viele Berliner Sporthallen lange Zeit als Notunterkünfte erhalten mussten. Das war gewiss nicht ideal – weniger, weil die Sporthallen so nicht ihrem angedachten Zwecke dienen konnten, was ärgerlich sein mag, aber doch sehr nebensächlich ist, sondern der Flüchtlinge selbst wegen: In der Jahnsporthalle lebten über Monate zwischen 100 und 150 Menschen dicht an dicht, teilten sich dabei wenige Dusch- und Klo. Ich beklage nicht, dass sie nicht länger Flüchtlingsheim ist, wohl aber, dass die Flüchtlinge kein besseres, sondern ein schlechteres Heim erhalten haben: Über mehrere Wochen und Monate hieß es immer wieder und wurde den Flüchtlingen in der Jahnsporthalle versprochen, ihr Heim werde nur dann geschlossen, wenn bessere Alternativen für sie bereitstünden. Stattdessen kamen die meisten von ihnen dann plötzlich in die Hangars des ehemaligen Flughafens Tempelhof, in denen bereits mehrere hundert Flüchtlinge untergebracht waren. Dort herrschten menschenunwürdige Bedingungen, dieses viel zu große Heim glich mehr einem Ghetto, die Spann-

6. Sie unterzeichneten Ihren Brief mit „Dr. Franziska Giffey“.²¹ Dazu sehe ich keinerlei Veranlassung. Angesichts diverser Affären um angemaßte und erschlichene Titel in den letzten Jahren²² (womit ich in keiner Weise unterstelle, dass es sich bei dem Ihnen um einen solchen handelt²³) und nicht zuletzt des jüngsten Skandals in der Bundestagsfraktion Ihrer eigenen Partei²⁴ würde ich mich sehr darüber freuen, wenn Sie und andere Politiker künftig weniger

gen zwischen den vielen Bewohnern waren groß, Konflikte an der Tagesordnung. Ich habe den Unmut der Flüchtlinge in der Jahnsporthalle bei der Auflösung ihres Heimes erlebt, habe auch erlebt, wie manch ein hoffnungsvoller und fröhlicher Flüchtling binnen kurzer Zeit in seinem neuen Heim in depressive Zustände verfiel. Und es war auffällig, dass die Jahnsporthalle und andere Turnhallen im Sommer kurz vor der Berliner Wahl geräumt wurden.

²¹ Ich hätte diesen 6. Punkt wohl ausgelassen, ja an Giffey's Unterschrift wäre mir vielleicht gar nichts aufgefallen, wenn der Brief nicht auch maschinell mit „Franziska Giffey“ und ohne einen Doktor unterschrieben wäre. Wir dürfen davon ausgehen, dass der Brief nicht wirklich von ihr, sondern von irgendeinem Handlanger stammt und sie nur am Ende ihre Unterschrift darunter gesetzt hat. Offenbar missfiel ihr, dass besagter Handlanger den Doktor ausgelassen hatte, und hielt sie es für nötig, noch einmal zu betonen, dass sie einen solchen besaß.

Übrigens präsentierte sich Giffey auch auf ihrer Webseite als „Dr. Franziska Giffey“. Ich habe einmal zum Vergleich einen Blick auf die Internetseite der Bundeskanzlerin geworfen: Kein Wort von „Dr. Angela Merkel“; man muss sehr suchen, um beiläufig in ihrer Vita zu erfahren, dass sie promoviert hat. Ich scheine übrigens nicht der einzige zu sein, dem aufgefallen ist und der lächerlich findet, wie penetrant Giffey alle Welt an ihren akademischen Grad erinnern musste. Im Zuge der Plagiatsaffäre, in die sie später geriet, las ich online unter einem Tageschau-Bericht folgenden Kommentar: „Giffey unterschreibt tatsächlich mit ‚Dr.‘ Franziska Giffey. Diese Eitelkeit ist an Peinlichkeit nicht zu überbieten. Kaum ein Mensch, auch Politiker, unterschreibt mit ‚Dr.‘. Wissenschaftler lachen darüber.“ Ausgerechnet Giffey hat sich inzwischen dazu verstiegen, Greta Thunberg, dem selbstlosesten Menschen, der heute in der Öffentlichkeit steht, Selbstinszenierung vorzuwerfen. Giffey, der es nicht erlaubt sein sollte, auch nur den Namen Greta Thunbergs in den Mund zu nehmen! Nun, dass sie keinen Instinkt für den Rang der Menschen hat, das bewies sie schon Jahre zuvor mir gegenüber; aber hier beging sie schon eine besondere Dreistigkeit: Thunberg hat sich bisher jedenfalls nicht bei jeder noch so unwürdigen Gelegenheit lügenhafterweise als eine Gelehrte inszeniert, obwohl sie doch mehr Recht dazu hätte.

²² 2011 hatte der damalige Verteidigungsminister zurücktreten müssen, nachdem ans Licht gekommen war, dass er sich schwerer Plagiate in seiner Doktorarbeit schuldig gemacht hatte, und ihm sein Doktorgrad aberkannt worden war. Seitdem gab es immer wieder derartige Plagiatsaffären in der deutschen Politik und mehrere Politiker verschiedener Parteien haben in den letzten Jahren ihren Doktor verloren, mussten wegen ihrer Täuschungen zurücktreten und beendeten so ihre politischen Karrieren. Diese Affären laufen immer gleich ab: Vorwürfe werden laut, der betroffene Politiker tut sie als abstrus ab und behauptet, nach bestem Wissen gearbeitet zu haben; seine Doktorarbeit wird von seiner Universität geprüft, während er erklärt, sich während dieses Verfahrens nicht äußern zu können, sich aber keiner Vergehen bewusst zu sein; massive, teils seitenlange Plagiate werden aufgedeckt, der Doktor wird aberkannt, der betroffene Politiker tritt zurück, behauptet aber dabei und auch Jahre später noch, er hätte nicht täuschen wollen, ihm seien bloß Fehler unterlaufen, er hätte den Überblick verloren oder dergleichen. Dass diese Politiker selbst dann noch ihre Täuschungen verleugnen, nachdem sie längst bewiesen sind, muss sie jedem Rechtgesinnten zutiefst verächtlich machen, ist aber notorisch. Es fragt sich, wie diese Affären künftig verlaufen werden, nachdem Giffey als erste mit einem solchen Betrug durchgekommen ist.

²³ Ich bin allerdings keineswegs überrascht, dass auch Giffey seither in eine solche Plagiatsaffäre geriet.

²⁴ Im Sommer 2016 war aufgefliegen, dass eine SPD-Abgeordnete nicht einfach einen Doktorgrad durch Plagiate erschlichen hatte – das war man mittlerweile gewohnt, ja es ist inzwischen fast so weit, dass man jedem Politiker mit einem Doktor mit Misstrauen begegnen muss –, nein, sie hatte einen ganz falschen Lebenslauf erfunden: Auf der Internetseite des Bundestags hieß es, sie hätte

Wert auf die äußerliche Fassade, seien es auf Hochglanz gephotoshopte Plakate oder eben die unnötige Erinnerung des Wählers an die eigenen akademischen Leistungen, und dafür mehr Wert auf Inhalte und eine saubere politische Arbeit legen. Ob Sie einen Doktor haben oder nicht, ist mir bei meiner Wahlentscheidung herzlich egal. Ich würde mich mit Freuden von jedem Hauptschulabbrecher regieren lassen, von dem ich nur sicher sein könnte, dass er das Wohl der Menschen, für die er die Verantwortung trägt (was auch gerade Kinder, Flüchtlinge und andere Nicht-Wahlberechtigte einschließt), über die Selbstdarstellung und den bloßen Machterhalt stellt. (Zu dieser belanglosen Fassade, auf die Sie meinetwegen gerne verzichten dürfen, zähle ich, nebenbei gesagt, auch das sinnfreie Gegendere. Wenn die SPD etwas für die Gleichstellung der Frau tun will, soll sie endlich das Ehegattensplitting abschaffen,²⁵ statt derart blödsinnig die Sprache zu verschandeln. Sollten Sie indes darauf bestehen, dem gedankenlosen Zeitgeist zu folgen und diese Unsitte beizubehalten – und sei es nur, weil es Ihnen auch hier an Rückgrat mangelt und Sie sich nicht dem Aufschrei des feministischen Mobs aussetzen wollen –, so empfehle ich Ihnen, das doch wenigstens konsequent zu tun: wenigstens ist mir schleierhaft, wieso ich da „KommunalpolitikerInnen“ lesen muss, einigen Zeilen früher, aber bloß „Kandidat“ in Ihrem Brief steht; man kann ihnen hier höchstens bescheinigen, dass derlei wenigstens ins Gesamtbild dieses dilettantischen Briefes passt.²⁶)

Abitur gemacht, Jura studiert und auch eine Zeitlang als Juristin gearbeitet; nichts hiervon war wahr.

²⁵ Es handelt sich hier um ein Gesetz aus den frühen Tagen der BRD, das es Eheleuten erlaubt, ihr zu versteuerndes Einkommen zusammenzulegen, sodass sie im Ergebnis ggf. weniger Steuern zahlen, als wenn sie beide individuell besteuert würden. Dies lohnt sich dann, wenn ein Ehepartner ein deutlich geringeres Einkommen hat als der andere, etwa weil er nur halbtags arbeitet oder dergleichen. Als das Gesetz Ende der 50er eingeführt wurde, traf das auf viele Frauen noch zu. Heute ist das Gesetz, neben allem Anderen, was an ihm abzulehnen wäre, mit dafür verantwortlich, wenn Frauen weniger verdienen als Männer, wird aber bei der Debatte um diesen Missstand viel zu selten angesprochen.

²⁶ Solche Fehler unterlaufen ständig, wo immer gegendert wird: Besonders amüsant fand ich es, als im letzten Bundestagswahlkampf der damalige Kanzlerkandidat der SPD auf das Thema Löhne zu sprechen kam und emphatisch brüllte, es könne nicht sein, dass „weibliche Kolleginnen und Kollegen“ weniger verdienten als männliche. Ich rate, einmal darauf zu achten: Auch bei den extremsten Vertretern der politischen Korrektheit wird man solche Patzer finden. Das ist nicht weiter verwunderlich: Diese Sprache ist nicht natürlich, sie wird und kann es auch nie werden, keiner hat als Kind so sprechen gelernt. Man muss sich später im Ausgewachsenenalter bewusst dazu zwingen, so zu sprechen, muss eine Selbstdressur vornehmen (und jedem, dem an Aufklärung liegt, genügt schon das als Grund, um das Gendern vollständig abzulehnen). Und was adressiert ist, kann niemals natürliches Verhalten werden.

Mehr als ein bloßer Fehler und wirklich übel ist dagegen, was wir im Flyer der Jusos finden und was ich eigentlich auch damals in meinem Brief schon hätte ansprechen sollen: „Studierende“, „Mieter*innen“, „Einwohner*innen“, alles ganz politisch korrekt – nur die bösen Investoren, die die armen Einwohner*innen verdrängen, sind eben Investoren und nicht Investor*innen. Ob Frauen und Sternchen wohl keine Immobilien in Berlin besitzen? Es fällt jedenfalls auf, dass das Gendern oft vergessen und dann auch hinterher nicht empört eingefordert wird, wo von den *Bösen* die Rede ist – vor einer Zeit kam mir wieder ein Zeitungsartikel über die Lage in der Türkei unter, darin zwar von Kritiker_innen die Rede war, die der türkische Diktator mundtot mache, aber dann von Erdoğan-Freunden (nicht -Freund_innen) gesprochen wurde. Als jemand, der in Neukölln lebt und die Menschen hier kennt, weiß ich aber zufällig, dass viele Frauen unter den Freunden dieses Diktators sind. Warum werden die so schändlich diskriminiert und nicht sprachlich *sichtbar* gemacht, wie es die Feminist*innen immer wünschen? Aber vielleicht sollen manche Dinge ja lieber unsichtbar bleiben. Heuchelei bleibt es jedenfalls nicht, wo das Licht der Aufklärung hinfällt.

Kurz und gut:

- wer mich und meine Wünsche nicht respektiert;
- wer derart gedankenlos mit der Zukunft unserer Erde und damit auch der meinen umgeht;
- wer mich nicht ernst genug nimmt, mich nicht wie ein Kleinkind zu behandeln, mich nicht genug achtet, mir gegenüber die simpelsten Regeln des Anstands einzuhalten, und mich höchstens als dummes Stimmvieh betrachtet;
- wer keinen einzigen inhaltlichen Grund vorbringen kann, warum ich ihm denn meine Stimme geben sollte, und wer im Gegenteil durch rücksichtsloses, rechtswidriges Verhalten (bzw. mindestens Billigung desselben) seine Dialogunfähigkeit und seinen Unwillen zum friedlichen Miteinander unter Beweis stellt;
- wer Verständnis für „besorgte Bürger“ an den Tag legt und Migranten, Flüchtlinge und Muslime als Bürger zweiter Klasse behandelt, trotzdem aber die Frechheit besitzt, diese für sich zu vereinnahmen, und wer damit nicht zuletzt die besondere Verantwortung ignoriert, die gerade einem Neuköllner Bürgermeister und gerade in Zeiten des in Deutschland anwachsenden Rassismus zukommt;
- wer schließlich mehr auf Äußerlichkeiten als auf politische Substanz setzt – der ist, ich sehe nicht, wie man hier geteilter Meinung sein können soll, unwählbar.

Ich schreibe diesen Brief, wie ich zum Schluss anmerken will, nicht nur in meinem Namen, sondern auch in dem von elf Neuköllner Schülern im Alter zwischen 16 und 18 Jahren,²⁷ die ich an der Tobias Kober Schule unterrichte, denen ich diesen Ihren Brief vorgelegt habe und die ihn als ebenso unverschämt empfinden wie ich. Wir alle werden am 18. September nicht SPD wählen – mit allen 3 Stimmen!

Mit freundlichen Grüßen,
Jonathan Ivo Löwer

PS. In einem beiliegenden Flyer erklären die Neuköllner Jusos, sie „lehnen jegliche ‚Asylkompromisse‘ auf dem Rücken der Geflüchteten ab“, und fordern, „die Ehe für alle zu öffnen“, was ich für löblich halte und so unterstütze. Allerdings frage ich mich, wieso die Damen und Herren Jusos mit derlei Anliegen ausgerechnet in einer Partei sind, welche lieber mit der CDU, einer Partei, die noch im Jahre 2016 die von Grundgesetz und Menschenrechten eigentlich geforderte Gleichstellung von Homosexuellen blockiert, koalitiert als etwa mit Grünen und Linken, mit denen die Ehe für Alle längst hätte auf den Weg gebracht werden können,²⁸ und

²⁷ Es versteht sich, dass dies meine Freunde, die Schüler meiner privaten Philosophiegruppe waren, nicht die meiner Aufklärungs-AG, die ja zu diesem Zeitpunkt auch noch gar nicht stattfand.

²⁸ Die längst überfällige Einführung der Ehe für Alle folgte schließlich im folgenden Jahr. Ich halte es aber für wichtig, im Gedächtnis zu behalten, dass dies nicht das Verdienst der SPD war und dass vielmehr diese und zwar allein diese jene Reform jahrelang verhindert hat. Allein diese? Das wird man unbillig finden; war es nicht die Union, die über Jahre als einzige Partei die Ehe für Alle verhinderte? Nun, die Union musste freilich dagegen sein, sie muss sich ja wenigstens ein bisschen konservativ geben. Aber ich frage zurück: Wann hatte die Union denn zuletzt eine absolute Mehrheit, dass sie irgendeine Reform hätte verhindern können? Grüne, Linke und angeblich auch die SPD waren für die Ehe für Alle und hatten im letzten Bundestag zusammen auch mehr als genug Stimmen, um sie durchzusetzen. Es war die SPD, die entschied, nicht mit Grünen und Linken, sondern

welche in der Flüchtlingsdebatte stets rumlaviert, immer wieder Vorstöße zur Anbiederung an den rechten Mob unternimmt und sich ansonsten für eine an der Regierung beteiligte und angeblich soziale Partei verdächtig ruhig verhält? Warum, möchte ich die Jusos fragen, musste ausgerechnet eine CDU-Kanzlerin betonen, „wir schaffen das!“, während die SPD sich die meiste Zeit über in Schweigen hüllt? Der Grund mag in der Geschichte der Partei liegen, und da ich jemandem, der Mitglied bei den Jusos ist, keine allzu umfassenden Geschichtskennnisse unterstelle, sei hier daran erinnert: Dass die SPD Ende des 19. Jahrhunderts nicht zuletzt aus dem Geist der Zünfte und Gewerkschaften hervorging, die noch Anfang desselben Jahrhunderts darum besorgt waren, ihre Mitglieder gegen die Konkurrenz italienischer Gastarbeiter zu schützen, dass die SPD in der Weimarer Republik nach ihrer Beteiligung an der Ermordung Luxemburgs und Liebknichts²⁹ lieber bürgerlich-konservative bis –nationalistische Parteien stützte und gegen das Lumpenproletariat und die KPD vorging, als sich mit dieser, solange es dafür noch nicht zu spät war, gegen die Nazis zu verbünden, dass die SPD in neuerer Zeit vor allem die in Gewerkschaften organisierten Facharbeiter gestützt, dem wirklich kleinen Mann aber, den Leiharbeitern oder den Arbeitslosen, keine Hilfe gewährt hat. Ein Herr Sarrazin³⁰, das muss man den Jusos wohl erklären, hat sich nicht zufällig in die SPD

mit der Union zu koalieren. Und es war wiederum die SPD, die entschied, dieser Koalition die Ehe für Alle (und manches mehr) zu opfern. Gut, das stand ihr frei, aber dann hätte ihr Ehrlichkeit besser zu Gesicht gestanden: Sie allein hatte diese Entscheidung in der Hand, sie allein hat sich gegen die Ehe für Alle entschieden. Deshalb ist es verlogen, wenn sie behauptete, für diese zu sein. Sie war nicht *dagegen*, ja, sie hätte sich nicht gesperrt, wenn die Ehe für Alle irgendwann gekommen wäre, aber aktiv *dafür* war sie nicht, es war ihr nie ernsthaftes Anliegen, was immer sie auch behauptet haben mag. Am Ende war es die Bundeskanzlerin, die, persönlich gegen diese Gesetzesänderung, eine reine Gewissensabstimmung in Gang setzte, bei der Linke, Grüne, SPD und Teile der Union für die Öffnung der Ehe stimmten. Hätte Merkel dies nicht getan, die SPD hätte bis heute nichts unternommen, um die Ehe für alle zu öffnen.

²⁹ Zwei prominente SPDler zur Zeit des Kaiserreiches, die die Unterstützung ihrer Partei für den Ersten Weltkrieg aber ablehnten, diese verließen und nach Kriegsende die Kommunistische Partei Deutschlands mitbegründeten, die wesentlich aus Abspaltungen der SPD hervorging. Dass beider Ermordung durch rechte Freikorps 1919 im Wissen und mit Billigung führender SPD-Politiker geschah, ist heute bekannt.

³⁰ Thilo Sarrazin war einst berliner Finanzsenator und fiel schon damals durch asoziale Äußerungen auf, als er Hartz IV-Empfängern vorrechnete, dass man von wenigen Euro am Tag doch prima leben könne. 2010 veröffentlichte er dann eine Hetzschrift gegen Ausländer und den Islam, er fabulierte von deren Kinderreichtum, Judengen und Blutschande zwischen reinrassigen Lipizzanern und Ackergäulen. Damit ist er, ohne dafür je Verantwortung übernommen zu haben, der Wegbereiter von Pegida und AfD, das wird man ja wohl noch sagen dürfen! – So hieß es damals oft – und man darf es dank Sarrazin mittlerweile sagen. Was damals noch Skandal war, das wird inzwischen ungeniert in Talkshows und anderswo geäußert und müsste in der AfD gar als eine Äußerung des sehr gemäßigten Flügels gelten. Sarrazin verbreitet übrigens weiter Pamphlete gegen den Islam, die auch fleißig gekauft werden. Dass er vom Islam keine Ahnung hat, müssen dabei auch seine Leser wissen. Dass Bücher wie die seinen geschrieben, gedruckt, gar massenhaft gelesen werden, wird künftigen Generationen tiefe Verachtung gegen unser Zeitalter einflößen müssen. Denn dass seine Fans an Fakten und daran, mehr über den Islam zu erfahren, kein Interesse haben, könnten sie deutlicher nicht machen – sie würden dann ja irgendjemanden lesen, der sich auskennt. Sarrazins einzige Kompetenz aber ist, dass er die Ressentiments aller Stammtischler bestätigt und dass er, was jeder von ihnen ebenso gut und ebenso fundiert vortragen könnte, eben als erster vorzutragen sich traute.

Das eigentliche Problem aber ist die Oberflächlichkeit der Bürger; ist der Umstand, dass noch heute viele sich darüber wundern, dass Sarrazin ausgerechnet in der SPD war, und dass sie ihn in dieser

verirrt, so wenig wie es von der USPD, über die KPD bis hin zur Linken aus bloßem Zufall stets noch eine Partei links der SPD gab: Die Sozialdemokraten haben ihre Klientel schon immer nicht nach oben, sondern in erster Linie nach unten verteidigt, schützten den kleinen vor dem ganz kleinen Mann, und sind folglich heute nur konsequent, wenn ihnen die Nöte besorgter Bürger, deren Kinder einige Zeit auf ihre Turnhalle verzichten müssen, näher gehen als die von Flüchtlingen – schon weil erstere im Gegensatz zu letzteren wahlberechtigt sind.

Wenn die Behauptung der Jusos „[w]ir kämpfen aktiv gegen jegliche Formen von Diskriminierung, Rassismus, Homo- und Trans*phobie sowie Sexismus!“ nicht nur die sinnlose Aneinanderreihung linker Kampfbegriffe und Plakatwörter (unter denen vielleicht Kapitalismus und Faschismus vergessen wurden) ist, als die sie sich liest, sondern den aufrichtigen Wunsch ausdrückt, sich für eine Gesellschaft zu engagieren, in der jeder seinen Platz hat und in Frieden leben kann, so rate ich den Damen und Herren, die diesen Flyer verfasst haben, sich einmal umzuschauen, ob sie mit diesem Ziel in einer anderen Partei als ausgerechnet der SPD nicht besser aufgehoben wären.

Ich hätte gewiss noch mehr auf diesen Brief der SPD hin schreiben können. Ist dem Leser beispielsweise die unverbindlich in der rechts oberen Ecke abgedruckte Bankverbindung aufgefallen? Die SPD hofft wohl auf Spendengelder und schämt sich auch nicht, es bei Erstwählern, also Menschen, die teils erst 16 Jahre alt sind und noch zur Schule gehen, zu versuchen. (Und nein, dass dies ein Standard-Briefkopf der neuköllner SPD ist, ist durchaus kein Argument; man hätte ihn in diesem Falle abändern und die Bankdaten weglassen können.) Aber der SPD scheint, wenn es um Wahlkampf und insbesondere um Jugendliche und Kinder geht, ohnehin nichts zu niedrig zu sein: Im bayerischen Zirndorf verschenkt die SPD offenbar schon seit Jahren Brotdosen mit ihrem Logo darauf an Erstklässler bei deren Einschulung, was widerlich genug ist. Kurz vor der letzten dortigen Landtagswahl lag der Brotdose ein Brief an die Erstklässler bei³¹, der diesen erklärte, was die SPD alles Großartiges für Kindergärten und Schulen in Zirndorf getan habe (als ob Erstklässler sich für die typischen Wahlphrasen und Selbstbeweihräucherungen von Politikern interessierten), und der mit folgendem Absatz schloss: „Übrigens: Am 14. Oktober 2018 finden in Bayern die Landtags- und die Bezirkstagswahlen statt. Da ist es wichtig, dass möglichst viele Menschen zur Wahl gehen. Die SPD steht seit ihrer Gründung für soziale Gerechtigkeit in unserem Land. Darum sagt bitte Euren Eltern, sie sollen unbedingt zur Wahl gehen und die SPD wählen. Einfach die SPD ankreuzen. Dann haben Eure Eltern alles richtig gemacht.“ – Es folgt noch ein lächelnder Smiley. Lebten wir in einer Vernunftrepublik, was wir doch nicht tun, wäre die SPD auf diesen Brief hin von der Wahl ausgeschlossen worden oder hätte zumindest 0% geholt, weil ihr die Wählerschaft geschlossen die Stimme verweigert hätte: Kinder derart zu instrumentalisieren, mag der AfD anstehen, der jede Methode recht ist, aber nicht einer Partei, die sich ihrer langen demokratischen

Partei für einen eigentlich dort nicht hineinpassenden Einzelfall hielten, was doch nur zeigt, wie wenig die SPD (übrigens auch von den meisten ihrer Mitglieder) verstanden wird.

³¹ Was ich etwas witzlos finde. Die SPD mag das nicht wissen, aber: Die meisten Kinder können bei ihrer Einschulung noch nicht lesen.

und sozialen Tradition rühmt. Im Übrigen ist der Brief verlogen, denn da die Kinder nicht lesen können, können sie ihren Eltern gar nicht zum SPD-Wählen raten – vielmehr werden sie sich den Brief von ihren Eltern vorlesen lassen müssen, die ihn somit direkt lesen. Wenn die SPD aber die Eltern der Kinder ansprechen wollte, hätte sie das gerade heraus, statt über diesen Umweg tun können. Ich weiß auch wahrlich nicht, was man sich von einem Brief wie diesem (oder auch Giffeys Erstwählerbrief) verspricht. Meint man wirklich, dass es einen einzigen Menschen gibt, der, obwohl er eine Partei bisher nicht wählen wollte, dies tut, weil sein sechsjähriges Kind ihn darum bittet, mit der Begründung, besagte Partei habe ihm gesagt, dass es das tun solle? Falls es irgendwo so jemanden gibt, sollte man ihm das Wahlrecht entziehen und ihn für unzurechnungsfähig erklären. Insgesamt dürften derlei Briefe aber reine Papierverschwendung sein.